
Vorsitz: Vereinigte Staaten von Amerika**967. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 3. Februar 2021 (über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr
Unterbrechung: 13.00 Uhr
Wiederaufnahme: 15.00 Uhr
Schluss: 15.15 Uhr

2. Vorsitz: C. Austrian

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte die Vorsitzende das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) an die technischen Modalitäten für die Durchführung von FSK-Sitzungen während der COVID-19-Pandemie laut FSC.GAL/2/21 OSCE+.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

Die Lage in und um die Ukraine: Ukraine (FSC.DEL/43/21), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/50/21), Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/48/21 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika, Kanada, Russische Föderation (Anhang 1)

Punkt 2 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG: MODERNISIERUNG DES WIENER DOKUMENTS

- *Vortrag von B. Turner, Leiter der Abteilung für Rüstungskontrolle und zugehörige Verifikation und Einhaltung, US-Außenministerium*
- *Vortrag von Oberst S. M. Babusch, Königliche Luftwaffe der Niederlande*
- *Vortrag von I. Anthony, Leiter des Programms europäische Sicherheit, Internationales Friedensforschungsinstitut in Stockholm*

Vorsitz, B. Turner (Anhang 2), Oberst S. M. Babusch (FSC.DEL/67/21 OSCE+), I. Anthony (FSC.NGO/1/21 OSCE+), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/51/21), Schweden (Anhang 3), Schweiz (FSC.DEL/35/21 OSCE+), Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/46/21 OSCE+), Deutschland (Anhang 4), Kanada, Georgien, Belarus (FSC.DEL/38/21 OSCE+), Türkei, Ukraine (Anhang 5), Russische Föderation (Anhang 6), Armenien (Anhang 7), Aserbaidshan, FSK-Koordinator für das Wiener Dokument (Schweden) (Anhang 8)

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Seminar zur Militärdoktrin auf hoher Ebene am 9. und 10. Februar 2021:*
Vorsitz
- (b) *Jährliches Treffen zur Beurteilung der Durchführung am 2. und 3. März 2021:*
Vorsitz (Anhang 9)
- (c) *Unterrichtung über die Ergebnisse des Workshops für Konzeptentwicklung und Planung zum Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit am 25. und 26. Januar 2021 über Videokonferenz:* FSK-Koordinator für den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit (Schweiz)
- (d) *Aktueller Stand des Beitrags der OSZE zur Umfassenden Überprüfung des Standes der Umsetzung der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen 2020-2021 (FSC.DEL/15/21 Restr.):* FSK-Koordinator für Fragen der Nichtverbreitung (Belarus)
- (e) *Verteilung einer Übersicht über den Stand der Hilfsprojekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und konventionelle Munition in der OSZE (FSC.GAL/8/21 OSCE+):* FSK-Koordinator für Hilfsprojekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition (Österreich)
- (f) *Absage der Militärübung „Joint Viking 2021“:* Norwegen (Anhang 10)
- (g) *Ersuchen um Hilfestellung bei der Stärkung der Fähigkeiten der aserbaidshanischen Behörden zur Minderung der Explosionsgefahr und zum Umgang damit:* Armenien (Anhang 11)

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 17. Februar 2021, um 10.00 Uhr, über Videokonferenz

967. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 973, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Frau Vorsitzende,

unsere grundsätzliche Einschätzung der Ursachen und Folgen des innerukrainischen Konflikts sowie unser grundlegender Ansatz zu seiner Beilegung sind unseren Partnern im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) hinlänglich bekannt und haben sich nicht geändert. Für weitere Informationen verweisen wir unsere Kolleginnen und Kollegen auf unsere früheren Erklärungen, die den FSK-Journalen beigelegt sind.

Wir verurteilen aufs Schärfste die Versuche der ukrainischen Regierung, die Minsker Vereinbarungen in Frage zu stellen, und ihre Fortsetzung der blutigen Strafaktion gegen die Zivilbevölkerung des Donbass. Wir lehnen jede militärische Hilfe der westlichen Staaten für die Ukraine kategorisch ab, da sie sich damit mitschuldig an den Kriegsverbrechen der ukrainischen Sicherheitskräfte machen. Statt die Ukraine mit militärischem Gerät vollzupumpen, ist eine enge und systematische Zusammenarbeit mit der ukrainischen Führung erforderlich, um die bewaffnete Konfrontation im Donbass so bald wie möglich zu beenden.

Die Russische Föderation wird ihrerseits in ihrer Eigenschaft als Vermittler weiterhin eine Regelung im Donbass auf Grundlage des Minsker Maßnahmenpakets vom 12. Februar 2015 durch einen direkten Dialog zwischen der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Lugansk fördern.

Danke, Frau Vorsitzende. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

967. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 973, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Guten Morgen allerseits und vielen Dank, Frau Vorsitzende, dass Sie mich erneut eingeladen haben, über die Modernisierung des Wiener Dokuments zu sprechen, wozu ich in den letzten sechs Jahren in diesem Forum bereits mehrmals Gelegenheit hatte.

Der Sicherheitsdialog dieser Woche über die Modernisierung des Wiener Dokuments 2011 baut auf der Dynamik auf, die sich in den vergangenen Jahren entwickelt hat, insbesondere auf dem jüngsten Vorschlag zur Modernisierung des Wiener Dokuments, der im Oktober 2019 vorgelegt und von 34 Teilnehmerstaaten gemeinsam eingebracht wurde. Seither ist die Notwendigkeit der Aktualisierung des Wiener Dokuments, um den aktuellen Sicherheitsgegebenheiten Rechnung zu tragen, noch dringlicher geworden. Unsere heutige Diskussion soll die Teilnehmerstaaten erneut dazu anspornen, den eigentlichen Prozess zu beginnen, um 2021 bei der Modernisierung des Wiener Dokuments 2011 substanzielle Fortschritte zu erzielen, wie dies 45 Teilnehmerstaaten in der gemeinsamen Erklärung zum dreißigsten Jahrestag des Wiener Dokuments auf dem OSZE-Ministerrat in Tirana im Dezember 2020 gefordert haben. Die Aktualisierung des Wiener Dokuments zur Förderung von Transparenz und Vertrauen angesichts groß angelegter militärischer Übungen, die manchmal nur mit geringer oder gar keiner Vorankündigung stattfinden, und ungewöhnlicher militärischer Aktivitäten ist eine entscheidende Aufgabe des Forums für Sicherheitskooperation und sollte als Verantwortung aller Teilnehmerstaaten betrachtet werden.

Die Aktualisierung des Wiener Dokuments ist wichtiger denn je, da sich die Sicherheitslage in Europa, wie wir alle wissen, seit 2014 drastisch verschlechtert hat. Die Missachtung der grundlegenden Prinzipien der OSZE und des Völkerrechts sind der Hauptgrund dieser Unsicherheit. Verhalten, das Bedrohungswahrnehmungen verstärkt und die allgemeine Stabilität bedroht – wie groß angelegte, unangekündigte militärische Übungen in Grenz- nÄhe – untergrÄbt das Vertrauen und die Bemühungen zur Förderung von militärischer Transparenz, Risikominderung und Verhütung von Zwischenfällen.

Einige haben argumentiert, dass eine verstärkte militärische Transparenz derzeit nicht nötig sei, oder dass wir angesichts der jüngsten Änderungen der Verteidigungs- und Abschreckungshaltung der NATO in der Region durch ihre verstärkte Vorauspräsenz (eFP) über eine Aktualisierung des Wiener Dokuments nicht verhandeln könnten. Doch diese Behauptung ist ein Ablenkungsmanöver. Die NATO stellt für kein Land eine Bedrohung dar,

und die Maßnahmen, die die Bündnispartner ergriffen haben, sind alle defensiver Natur, verhältnismäßig, im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen der NATO, und achten die regelbasierte europäische Sicherheitsarchitektur. Der Dialog letzte Woche sollte alle Missverständnisse über den rein defensiven Charakter der verstärkten Vorauspräsenz und die unaufrichtigen Behauptungen ausgeräumt haben, sie stelle in irgendeiner Weise ein Hindernis für die Modernisierung des Wiener Dokuments dar. Denn genau das Gegenteil trifft zu. Die Modernisierung des Wiener Dokuments würde die militärische Transparenz erhöhen, auch im Hinblick auf die verstärkte Vorauspräsenz.

Die Vereinigten Staaten sind wie die meisten Teilnehmerstaaten besorgt über die Erosion der gegenseitigen Rüstungskontrolle auf dem europäischen Kontinent; wir halten es für wichtig, mit entsprechenden Maßnahmen zu verhindern, dass diese Erosion weiter fortschreitet. Der logische erste Schritt wäre, sich auf die vollständige Umsetzung der Instrumente, die wir noch haben, zu konzentrieren, und sie dort, wo es möglich ist, zu aktualisieren, damit sie den heutigen Erfordernissen genügen; es besteht keine Notwendigkeit, eine neue Architektur zu erfinden. Aber es ist auch unerlässlich, dass diese Maßnahmen für alle gelten; völlig freiwillige Maßnahmen haben im Gegensatz zu festen Verpflichtungen den Nachteil, dass sie fast sicher nicht von allen oder in gleichem Maße umgesetzt werden.

Als wichtiger Satz vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen im FSK sollte das Wiener Dokument eine wichtige Rolle bei der Förderung militärischer Transparenz und Stabilität im OSZE-Raum spielen. Unserer Auffassung nach wäre die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Teilnehmerstaaten, die Verbesserung der gegenseitigen militärischen Transparenz und Berechenbarkeit und die Risikominderung durch eine Aktualisierung des Wiener Dokuments ein wichtiger Beleg für die Verpflichtung der Teilnehmerstaaten, eine Reihe von Sicherheitsherausforderungen anzugehen, vor denen Europa heute steht.

Eine solche Anstrengung ist lange überfällig. Das Wiener Dokument war immer als lebendiges Dokument gedacht, das regelmäßige Aktualisierungen erfordert. Wie uns Absatz 6 des Wiener Dokuments in Erinnerung ruft, verpflichteten sich die OSZE-Teilnehmerstaaten 2010 durch einen Beschluss des FSK dazu, das Wiener Dokument regelmäßig zu aktualisieren und zu überarbeiten und es alle fünf Jahre oder öfter neu aufzulegen. Und doch verlässt sich das FSK jetzt, ein Jahrzehnt später, immer noch auf die Fassung von 2011, die nicht auf die aktuellen Sicherheitsherausforderungen eingeht und in Wirklichkeit nicht einmal eine wesentliche Verbesserung des Wiener Dokuments 1999 war. Es ist eindeutig an der Zeit, es besser zu machen.

Der im Oktober 2019 vorgelegte, von 34 Teilnehmerstaaten gemeinsam eingebrachte Vorschlag zur Modernisierung des Wiener Dokuments (FSC.DEL/213/19/Rev.2), bietet einen konkreten Rahmen für die Befassung mit vielen großen Herausforderungen, die im Laufe der Jahre von den Teilnehmerstaaten identifiziert wurden, und bildet den Ausgangspunkt für den Beginn echter Verhandlungen über die Aktualisierung des Wiener Dokuments. Wir hoffen, dass der gemeinsame Vorschlag als Grundlage für einen Konsens der 57 in diesem Jahr dienen kann.

Ich hoffe, dass inzwischen alle Teilnehmerstaaten mit den folgenden Kernpunkten des gemeinsamen Vorschlags grundsätzlich vertraut sind: (1) die Senkung der Schwellen für die vorherige Ankündigung und Beobachtung großer militärischer Aktivitäten; (2) eine moderate

Erhöhung der Anzahl der Inspektions- und Überprüfungsmöglichkeiten; (3) eine maßvolle Vergrößerung der Inspektions- und Überprüfungsgruppen – übrigens ursprünglich eine Idee der Russischen Föderation; (4) zusätzliche Maßnahmen, die das Einholen von unparteiischen Informationen in Echtzeit erleichtern, wenn sich Fragen zu ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten ergeben; und (5) die Schaffung größerer Transparenz in Bezug auf große militärische Aktivitäten, die ohne vorherige Bekanntgabe an die teilnehmenden Truppen durchgeführt werden. Als diese Ideen als Teil des gemeinsamen Vorschlags im Oktober 2019 unterbreitet wurden, waren sie schon nicht mehr neu. Wir hatten viele davon bereits mehrere Jahre lang als Einzelschlüsse geprüft. Das Neue daran war, sie als ein einziges, ausgewogenes Paket vorzulegen.

Ich möchte an dieser Stelle unterstreichen, dass diese Vorschläge für alle Teilnehmerstaaten von Nutzen wären, auch für die Russische Föderation. Wenn man sich beispielsweise auf die Senkung der Schwellen für die vorherige Ankündigung und Beobachtung militärischer Übungen einigen könnte, würde das den Teilnehmerstaaten, darunter Russland, ein verstärktes Bewusstsein für militärische Aktivitäten in Gebieten, in denen potenziell Anlass zur Besorgnis besteht, vermitteln. Eine maßvolle Erhöhung der Möglichkeiten für Inspektion und Überprüfung, wie sie zuvor von Russland gefordert wurde, würde ebenfalls für erhöhte Transparenz sorgen. Ebenso würde die Verbesserung der Mechanismen für den Informationsaustausch über ungewöhnliche militärische Aktivitäten das Vertrauen aller Teilnehmerstaaten in die anderen Teilnehmerstaaten stärken, sollte es zu militärischen Aktivitäten in Gebieten kommen, in denen Anlass zu Besorgnis besteht. Russland würde sicherlich davon profitieren, dass der gemeinsame Vorschlag mehr Transparenz bei sogenannten „Alarmierungsübungen“ vorsieht, die in Gebieten stattfinden, die für Russland von Interesse sind. Diese auf Gegenseitigkeit beruhenden Vorschläge zur Vertrauensbildung gelten für alle Teilnehmerstaaten gleichermaßen – sowohl für NATO-Truppen als auch für Nicht-NATO-Truppen. Um nichts Anderes geht es bei Gegenseitigkeit.

Ich möchte noch einmal betonen, dass der gemeinsame Vorschlag nur ein Ausgangspunkt für Verhandlungen und kein Vorschlag nach dem Motto „Alles oder Nichts“ ist. Wir hatten nie die Absicht, andere Ideen auszuschließen, die im Laufe von Verhandlungen eingebracht und behandelt werden können. In gleicher Weise können bestehende Elemente des gemeinsamen Vorschlags im Laufe der Verhandlungen – nach ihrem Beginn – geändert oder angepasst werden. Das kann jedoch nur geschehen, wenn tatsächlich Verhandlungen stattfinden. Wir müssen diese Verhandlungen ernsthaft beginnen, Kompromissbereiche finden und uns gemeinsam auf einige praktische Schritte einigen, um bis zum Ministerrat in Stockholm im Dezember das Vertrauen neu aufzubauen und die militärische Transparenz zu verbessern.

In diesem Sinn hoffen wir heute, dass wir die folgenden drei Fragen erörtern können, um die Aktualisierung des Wiener Dokuments im Jahr 2021 in Angriff zu nehmen:

Erstens: Wie bereits erwähnt, haben sich die Teilnehmerstaaten 2010 durch einen Beschluss des FSK dazu verpflichtet, das Wiener Dokument alle fünf Jahre zu aktualisieren. Sind die Teilnehmerstaaten auch der Meinung, dass die Verschlechterung des europäischen Sicherheitsumfelds eine Aktualisierung des Wiener Dokuments 2011, des wichtigsten Pakets vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen des FSK, erforderlich macht? Wenn nicht, warum?

Zweitens: Worin liegen nach Auffassung der Teilnehmerstaaten die Gründe, warum das FSK das Wiener Dokument 2011 noch nicht aktualisiert hat?

Drittens: Wir haben von einigen Teilnehmerstaaten Kommentare zum gemeinsamen Vorschlag erhalten, würden aber auch gerne konkrete Rückmeldungen von jenen Teilnehmerstaaten hören, die sich bisher noch nicht zum gemeinsamen Vorschlag geäußert haben. Welche Änderungen, Ergänzungen oder Streichungen im gemeinsamen Vorschlag für die Modernisierung des Wiener Dokuments 2011 würden Sie für hilfreich halten?

Abschließend sei an den fünfundzwanzigsten Jahrestag des Rahmens für Rüstungskontrolle der OSZE im Dezember 2021 erinnert. Fünfundzwanzig Jahre nach Lissabon sind die konventionelle Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen nach wie vor wichtig, um die umfassende, kooperative und unteilbare Sicherheit im OSZE-Raum voranzubringen. Rüstungskontrolle ist nach wie vor fester Bestandteil des umfassenden und kooperativen Sicherheitskonzepts der OSZE. Die Vereinigten Staaten legen nach wie vor Wert auf einen offenen und aussagekräftigen Dialog über diese Fragen, ebenso wie wir Schritte zur Weiterentwicklung von Kontakten auf militärischer Ebene durch die OSZE begrüßen, unter anderem beim für nächste Woche geplanten hochrangigen Militärdoktrinenseminar.

Ich freue mich auf die Ausführungen unserer anderen Referenten heute und danke Ian Anthony vom Internationalen Friedensforschungsinstitut in Stockholm und Oberst Sylvia Babusch von der *Benelux Arms Control Agency* für ihre Teilnahme an unserem heutigen Podiumsgespräch.

967. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 973, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SCHWEDENS**

Guten Tag, Frau Vorsitzende,
guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Schweden schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an und möchte in nationaler Eigenschaft folgende Erklärung abgeben:

Die Modernisierung des Wiener Dokuments ist ein ausdrücklicher Schwerpunkt des schwedischen OSZE-Vorsitzes und so ist der heutige Sicherheitsdialog zu diesem Thema sehr willkommen. Wir danken den Vereinigten Staaten von Amerika dafür, dass sie dieses wichtige Thema auf die Tagesordnung des Forums für Sicherheitskooperation gesetzt haben. Wir danken auch den Referentinnen und Referenten für ihre offenen, informativen und prägnanten Vorträge.

Das Vertrauen, das wir in das Wiener Dokument als wichtigen Rahmen für den gegenseitigen Dialog über Sicherheitsfragen setzen, kann nicht hoch genug bewertet werden. Es sieht Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz und Berechenbarkeit vor, nicht zuletzt durch die Förderung von militärischer Zusammenarbeit und militärischen Kontakten. Es erleichtert auch den kooperativen Austausch von Informationen über militärische Aktivitäten, Entwicklungen und Trends. Es ist ein grundlegendes und unerlässliches Instrument, das dazu beiträgt, die Sicherheit in unserem Teil der Welt zu fördern und zu verbessern. Für ein Land wie Schweden, das militärisch nicht paktgebunden ist, sind die OSZE und ihre vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen von großem Wert.

Leider ändert sich die Lage in Bezug auf unsere kollektive Sicherheit und verschlechtert sich schnell. Die Erosion von Berechenbarkeit und Vertrauen, die im derzeitigen europäischen Sicherheitsumfeld beobachtet werden kann, gibt Anlass zur gemeinsamen Besorgnis. Dieser Trend muss umgekehrt werden, und wir müssen jetzt damit beginnen. Wir müssen die Transparenz erhöhen und Besorgnisse über militärische Aktivitäten zerstreuen.

Doch wir leben auch in einer Welt, die in ständiger Veränderung begriffen ist. Damit unser Sicherheitsinstrumentarium weiterhin brauchbar bleibt, muss es weiterentwickelt werden, um dem Rechnung zu tragen. Der heutige Informationsfluss beispielsweise vollzieht sich in einer Geschwindigkeit und einem Umfang, die weit über alles hinausgehen, was wir

uns 2011 zum Zeitpunkt der letzten Aktualisierung des Wiener Dokuments vorstellen konnten. Diese „Beschleunigung“ ist im Grunde eine positive Entwicklung und könnte zur Verbesserung der Sicherheit beitragen, sie könnte aber auch missbraucht werden und zu einer Informationsflut, zu Verwirrung und Missverständnissen führen. Weitere Faktoren, die dramatische Auswirkungen auf die Sicherheit hatten, sind die vielen neuen Technologien, aber auch die jüngsten Entwicklungen in Bezug auf Größe, Transportfähigkeit und Effektivität von Truppenformationen.

Alle diese Aspekte stellen neue Herausforderungen für das Sicherheitsumfeld dar. Das Wiener Dokument und andere Übereinkünfte müssen auf diese neuen Gegebenheiten zugeschnitten werden, damit wir unsere Bemühungen, unsere Verfahren und unsere Entschlossenheit wahren können, eine verbesserte Sicherheit zu erreichen. Davon würden zweifellos alle Teilnehmerstaaten profitieren. Wenn die Teilnehmerstaaten heute einen zunehmenden Mangel an Transparenz und Berechenbarkeit in Verbindung mit bestimmten Bedrohungen wahrnehmen, sollte es im Interesse aller liegen, sicherzustellen, dass das morgen nicht mehr der Fall ist.

Schweden hat sich ganz klar dafür ausgesprochen, Maßnahmen zur Modernisierung des Wiener Dokuments zu ergreifen. Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum wir nicht in der Lage sein sollten, eine eingehendere Prüfung und einen Dialog aufzunehmen. Wir brauchen mehr – und nicht weniger – konstruktive Erörterungen und einen ebensolchen Meinungsaustausch. Es ist an der Zeit, in dieser Frage voranzukommen – um unserer gemeinsamen Sicherheit willen.

Danke, Frau Vorsitzende.

Ich bitte um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

967. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 973, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich danke dem US-Vorsitz, dass er uns die Gelegenheit gibt, ausführlich die dringend notwendige Modernisierung des Wiener Dokuments zu erörtern. Wir alle wissen, dass diese Modernisierung seit 2016 überfällig ist. Ich hoffe, dass es uns fünf Jahre danach gelingt, hier voranzukommen.

Ich danke den Panellisten für die gute Einführung in das Thema. Den Ausführungen, die im Namen der Europäischen Union gemacht wurden, schließe ich mich voll und ganz an. Lassen Sie mich folgende Aspekte noch besonders hervorheben.

Unsere Besorgnis über das sich verschlechternde Sicherheitsumfeld im OSZE-Raum haben wir bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht. Es wird immer dringender, Vertrauen und Berechenbarkeit zwischen den Teilnehmerstaaten wieder auszubauen. Die wichtigste und konkreteste Maßnahme hierzu ist die Modernisierung des Wiener Dokuments.

Ein von 34 Teilnehmerstaaten unterstützter umfassender Modernisierungsvorschlag, das Joint Proposal, liegt auf dem Tisch. Es ist ein Verhandlungsvorschlag. Die Arbeitsgruppe A ist der geeignete Ort zum Verhandeln, die Bestimmungen weiter zu konkretisieren und mit den Beiträgen der anderen Teilnehmerstaaten zu ergänzen. Deutschland steht bereit, dies in der Arbeitsgruppe und in bilateralen Gesprächen zu unterstützen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einmal betonen. Die vorgeschlagenen Änderungen gehen auf praktische Erfahrungswerte bei der Umsetzung des Wiener Dokuments der letzten Jahre zurück. Sie sind nicht im Interesse nur einiger Staaten oder einer Staatengruppe, sondern würden ihre Wirkung natürlich für alle teilnehmenden Staaten entfalten. Die Vorschläge sind zudem ein Verhandlungsangebot. Es entspricht aus meiner Sicht dem Geist des Wiener Dokuments, auf ein solches Angebot zumindest konstruktiv zu reagieren.

Zu einem Erfolg dieses Prozesses können auch die Diskussionen im Strukturierten Dialog und in dessen Expertengesprächen beitragen. Ich danke Botschafter Cuesta für seine engagierte und inspirierende Leitung. Sein Leitmotiv „Understanding for Security“ beflügelt

uns auch für das Wiener Dokument. So werden wir dem Auftrag der Hamburger Erklärung von 2016 gerecht, ein Umfeld zu schaffen, das es ermöglicht, konventionelle Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa wiederzubeleben.

Ich hoffe, dass unsere Anstrengungen hier in Wien bald einhergehen können mit einer umfassenden Wiederaufnahme der Implementierungsaktivitäten unter dem Wiener Dokument. Deutschland ist hier bereits aktiv und steht bereit zu weiteren Schritten, sobald es die Gesundheitslage erlaubt.

Die vollständige Implementierung des Wiener Dokuments und der anderen Rüstungskontrollvereinbarungen und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen nach Buchstaben und Geist ist ein essentieller Baustein unserer Sicherheit. Bestehende Implementierungsdefizite einzelner Staaten müssen rasch und einvernehmlich behoben werden.

Unter diesen Voraussetzungen und in einem Klima des guten Willens aller wollen wir die Modernisierung des Wiener Dokuments in diesem Jahr 2021, zehn Jahre nach der letzten Aktualisierung, ein Stück voranbringen.

Ich bitte, diese Ausführungen zum Journal des Tages zu nehmen.

967. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 973, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Frau Vorsitzende,

die Ukraine hat sich der Erklärung der Europäischen Union angeschlossen, die wir vollinhaltlich unterstützen. Ich möchte ihr als Vertreter meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Die Delegation der Ukraine möchte sich den Vorrednern anschließen, die heutigen Referenten herzlichen willkommen heißen und ihnen für ihre wertvollen Beiträge zur Diskussion über dieses Thema im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) danken.

Bevor ich unseren Standpunkt zur Modernisierung des Wiener Dokuments 2011 darlege, möchte ich Sie auf die Nachricht der Ukraine unter der Nummer CBM/UA/21/0002/F41/O aufmerksam machen.

Die Ukraine bringt darin ihren scharfen Protest im Zusammenhang mit den Informationen über die auf der vorübergehend besetzten Krim in der Ukraine stationierten Streitkräfte zum Ausdruck, die Russland per Notifikation (CBM/RU/20/0078/F41/O) als Teil des jährlichen Austauschs militärischer Information übermittelt hat.

Wir betrachten solche Nachrichten für unverhohlene Versuche Russlands, seine rechtswidrigen Handlungen zur Besetzung des souveränen Hoheitsgebiets der Ukraine zu legitimieren, und wir fordern alle OSZE-Teilnehmerstaaten auf, den Missbrauch der politisch-militärischen Dokumente unserer Organisation für solche Zwecke zu verurteilen.

Die Autonome Republik Krim und die Stadt Sewastopol sind fester Bestandteil der Ukraine. Seit 2014 sind diese Gebiete infolge der bewaffneten Aggression gegen die Ukraine, die in der militärischen Invasion und der rechtswidrigen Einnahme der Halbinsel Krim gipfelte, vorübergehend von Russland besetzt.

Alle Truppenformationen und Truppenteile der Streitkräfte der Russischen Föderation, die sich auf der vorübergehend besetzten Krim befinden, haben eindeutig den Status von Besatzungstruppen und sind dort ohne Zustimmung des Gastgeberstaates stationiert.

Die fortgesetzte militärische Präsenz der russischen Besatzungstruppen auf der vorübergehend besetzten Krim stellt eine bewaffnete Aggression gegen die Ukraine dar und eine eklatante Verletzung der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki, der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen 68/262 vom 27. März 2014 mit dem Titel ‚Territoriale Unversehrtheit der Ukraine‘, der Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen 73/194 vom 17. Dezember 2018, 74/17 vom 9. Dezember 2019 und 75/29 vom 7. Dezember 2020 ‚Das Problem der Militarisierung der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol (Ukraine) sowie von Teilen des Schwarzen Meeres und des Asowschen Meeres‘ und der Entschließung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE mit dem Titel ‚Die Militarisierung durch die Russische Föderation der vorübergehend besetzten Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol in der Ukraine, des Schwarzen und Meeres und des Asowschen Meeres‘ und anderer internationaler Dokumente.

Alle russischen Besatzungstruppen, einschließlich ihrer Waffen, militärischen Ausrüstung und ihres militärischen Personals müssen unverzüglich aus den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine abgezogen werden.

In der Zwischenzeit fordern wir die Russische Föderation nachdrücklich auf, ihre politisch-militärischen Verpflichtungen einzuhalten, indem sie im Rahmen des Weltweiten Austauschs militärischer Information korrekte Informationen über ihre Streitkräfte, Waffen und militärische Ausrüstung zur Verfügung stellt, die außerhalb ihres souveränen Hoheitsgebiet stationiert sind – insbesondere jene, die auf der vorübergehend besetzten Krim und in Teilen des Donbass in der Ukraine stationiert sind.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

das Wiener Dokument bleibt einer der Grundpfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur, die in den letzten Jahren mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert ist. Dieses Instrument sollte eine wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung und Förderung von Transparenz, Berechenbarkeit und Vertrauen unter den Teilnehmerstaaten spielen. Es basiert auf dem Gründungsprinzip unserer Organisation, das in ihren grundlegenden Dokumenten verankert ist: der Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt in zwischenstaatlichen und eigentlich in allen internationalen Beziehungen.

Genau dieses Prinzip wurde von der Russischen Föderation, die eine bewaffnete Aggression gegen die Ukraine und Georgien losgetreten hat, eklatant verletzt und wird weiterhin missachtet. Bis heute hält Russland Teile des souveränen Hoheitsgebiets der beiden Länder besetzt, die sie in sogenannte „Grauzonen“ verwandelt hat, die für Verifikationsaktivitäten nicht zugänglich sind und im Austausch militärischer Information nicht berücksichtigt werden. Solche Aktionen untergraben nach wie vor die bestehenden Rüstungskontrollregime und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen.

Es gibt jedoch bestimmte Schritte, die eine weitere Zuspitzung der Sicherheitslage verhüten könnten und für die Zukunft vielversprechend sind. Einer davon ist die Modernisierung des Wiener Dokuments 2021 – eine Aufgabe, die durch technologische Entwicklungen im militärischen Bereich, einschließlich der Veränderungen der Streitkräftestrukturen, und durch aktuelle und neu entstehende Sicherheitsbedrohungen notwendig

geworden ist. In der Arbeitsgruppe A des FSK wurde eine Reihe entsprechender Vorschläge zur Aktualisierung des Wiener Dokuments eingebracht, insbesondere der gemeinsame Vorschlag im Oktober 2019, der unter den Teilnehmerstaaten breite Unterstützung fand. Es ist an der Zeit, diese Bestrebungen, die vor Kurzem von nicht weniger als 45 Teilnehmerstaaten in einer gemeinsamen Erklärung auf dem Ministerratstreffen in Tirana im Dezember 2020 gebilligt wurde, umzusetzen.

Nachdrücklich wird zur Senkung der Schwellen für die Ankündigung und die Beobachtung, zur Verbesserung der Mechanismen zur Verminderung der Risiken nach Kapitel III, zur Erhöhung der Transparenz großangelegter „Alarmierungsübungen“ („no-notice“) und zur Verbesserung der Inspektions- und Überprüfungsaktivitäten aufgerufen. Wir unterstützen diese Ziele voll und ganz und sind der Meinung, dass sie als Ausgangspunkt für die Modernisierungsbemühungen dienen sollten.

Die Ukraine bekennt sich nach wie vor zur vollständigen Umsetzung in Geist und Buchstabe der bestehenden Verpflichtungen in der politisch-militärischen Dimension. Es ist unerlässlich, die militärische Transparenz und politische Stabilität im OSZE-Raum zu verbessern. Die Ukraine unterstützt die Modernisierung des Wiener Dokuments 2011 und die Entwicklung weiterer vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen. Zu diesem Zweck bringen wir unsere volle Unterstützung für den in der Arbeitsgruppe A eingebrachten gemeinsamen Vorschlag für einen Beschlussentwurf zum Wiener Dokument Plus zum Ausdruck.

Die Ukraine legt allen Delegationen nahe, sich an den Bemühungen um eine Modernisierung zu beteiligen.

Darüber hinaus haben wir angesichts der fortgesetzten, ausländischen bewaffneten Aggression und der vorübergehenden Besetzung von Teilen unseres Hoheitsgebiets neue verstärkte Regelungen für die Umsetzung des Wiener Dokuments 2011 eingeführt.

Insbesondere um Besorgnisse über militärische Aktivitäten zu beseitigen, bemüht sich die Ukraine im Geiste der Offenheit und Transparenz unter diesen schwierigen Umständen nach Kräften, anderen Teilnehmerstaaten in Gebieten, in denen Besorgnis besteht, die Durchführung von Inspektionen über die Quote hinaus zu ermöglichen. Seit 2014 führen die Teilnehmerstaaten regelmäßig solche Inspektionen durch, auch in der Region Donbass der Ukraine. Die Ergebnisse dieser Verifikationsaktivitäten wurden ordnungsgemäß an die Teilnehmerstaaten weitergeleitet.

Die Ukraine hat den Umfang der Inspektionen ausgeweitet, sodass die Inspektionsgruppen die Möglichkeit bekommen, eine Vielzahl von Einweisungen/Unterrichtungen durch regionale Behörden und andere staatliche Einrichtungen zu erhalten.

Um Vertrauen und Sicherheit auf regionaler Ebene zu stärken, erfüllt die Ukraine darüber hinaus unbeirrt ihre Verpflichtungen aus bilateralen Abkommen mit Nachbarländern, die im Einklang mit Kapitel X („Regionale Maßnahmen“) geschlossen wurden. Gegenseitige Inspektionen mit diesen Ländern bieten eine Gelegenheit, neue Initiativen für die Umsetzung der Bestimmungen des Wiener Dokuments 2011 zu erproben.

Abschließend möchte ich betonen, dass wir unter Berücksichtigung der Erfahrungen unseres Landes von der Notwendigkeit überzeugt sind, regionale vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen weiterzuentwickeln, die Schwellen für die Beobachtung von militärischen Aktivitäten in Grenznähe zu senken und militärische Transparenz innerhalb von 25 Kilometern in Grenzgebieten durch die Ermöglichung von Inspektionen und Beobachtungsflügen zu erhöhen – insbesondere durch die Einführung von multinationalen Beobachtungsflügen über militärischen Aktivitäten auf taktischer Ebene (Brigade/Bataillon), die in der Nähe von Staatsgrenzen durchgeführt werden.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke, Frau Vorsitzende.

967. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 973, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Frau Vorsitzende,

letztes Jahr feierten wir den 30. Jahrestag der Unterzeichnung des Wiener Dokuments. Wir teilen die Einschätzung der Hauptreferenten und einer Reihe von Delegationen, dass es ein aktuelles und funktionierendes Instrument ist, das weiterhin die ihm ursprünglich zugeordneten Aufgaben erfüllt und einen konkreten Beitrag zur Verbesserung von Transparenz und Stabilität in Europa leistet.

Es ist jedoch bedauerlich, dass die Modernisierung der vereinbarten vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen von den Teilnehmerstaaten aus Zweckdenken als rein technischer Prozess behandelt, als Patentrezept zur Verbesserung der europäischen Sicherheitslage präsentiert und sogar dazu genutzt wurde, um auf gewisse Länder, die andere Meinungen dazu haben, Druck auszuüben.

Wir möchten Herrn Turner, der den Posten des Leiters der Abteilung für Rüstungskontrolle und zugehörige Verifikation und Einhaltung im US-Außenministerium bekleidet, daran erinnern, dass die US-Regierung im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts zu denen gehörte, die beharrlich gegen die Ausarbeitung einer Neufassung des Wiener Dokuments waren. Infolgedessen wurde erst ein Jahr nach dem Gipfel von Astana 2010 eine Einigung erzielt. In jenen Jahren bemühte sich Russland immer wieder, seine Partner von der Notwendigkeit einer Modernisierung dieses Dokuments zu überzeugen, ausschließlich mit diplomatischen Argumenten und ohne andere der „Blockierung“ der Verhandlungen zu bezichtigen, wie wir heute von unseren US-amerikanischen Kollegen hören mussten.

Unser Standpunkt hinsichtlich der Aussichten auf eine Modernisierung des Wiener Dokuments ist hinlänglich bekannt. Die Hauptursachen der Verschlechterung der europäischen Sicherheitslage sind nicht der Mangel an vertrauens- und sicherheitsbildenden Instrumenten, sondern die festgefahrenen Positionen der Vereinigten Staaten, der NATO und der Europäischen Union gegen unser Land, der beispiellose politische und wirtschaftliche Druck auf Russland und der Abbruch der Zusammenarbeit im militärischen Bereich. Die Krise in der Ukraine, die von den Vereinigten Staaten mit Duldung seiner europäischen Verbündeten gefördert wurde, diente dem gesamten Westen lediglich als Vorwand für die

erwähnte Strategie. All das läuft der Vision der OSZE von einem gesamteuropäischen Sicherheitsraum zuwider.

Frau Vorsitzende,

auf der letzten Plenarsitzung des Forums wurde versucht, uns unisono davon zu überzeugen, dass die Maßnahmen zum Aufwuchs/Aufbau der militärischen Präsenz der NATO und zum Ausbau ihrer Infrastruktur in Osteuropa und den baltischen Staaten und den Gewässern der Ostsee und des Schwarzen Meeres „rein defensiver“ Natur seien.

Wir erinnern uns jedoch daran, dass der „Verteidigungsblock“ der NATO und einige seiner Mitglieder mit fadenscheinigen Begründungen wiederholt mit militärischer Gewalt gegen die Souveränität und die territoriale Integrität verschiedener Staaten in Europa (Jugoslawien) und auch außerhalb Europas (Irak, Libyen, Syrien usw.) vorgegangen sind.

Man sagt uns, das Ausmaß dieser Maßnahmen sei nicht so bedeutend, und wir hätten keinen Grund zur Sorge.

Wir erinnern uns jedoch daran, dass NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg am 27. Januar die Mitglieder des NATO-Militärausschusses aufforderte, die Investitionen in moderne Waffen zu erhöhen, um auf gewisse „aggressive Handlungen“ der Russische Föderation angemessen reagieren zu können.

Dabei gibt es keine überzeugenden Argumente dafür, dass Russland eine Bedrohung für die Länder des Blocks darstellt. Ein Vergleich der objektiven Daten über den Aufwuchs von Defensivkräften unseres Landes und der NATO-Staaten, sowie die Parameter ihrer Militärausgaben möge genügen.

Hier sind einige konkrete Beispiele. 2015 überstieg der gemeinsame Militärhaushalt der NATO die russischen Verteidigungsausgaben um das Zehnfache, heute hingegen ist er 22-mal so groß wie der russische. Die NATO-Länder haben zweieinhalb mal so viele gepanzerte Kampffahrzeuge wie Russland, drei- bis viermal so viele Panzer, Artilleriesysteme, Mehrfachraketenwerfer, Kriegsschiffe und Unterseeboote, fünfmal so viele Kampfflugzeuge und mehr als das Siebenfache an Kampfhubschraubern.

Unter diesen Umständen behalten wir uns natürlich das Recht vor, Maßnahmen zum Schutz der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands zu ergreifen – wohlgerne auf unserem nationalen Hoheitsgebiet.

Parallel zu dem von der NATO ausgehenden Zurückfahren des Dialogs auf militärischer Ebene wurde eine beispiellose Kampagne losgetreten, um die legitimen, täglichen Aktivitäten der russischen Streitkräfte in Misskredit zu bringen. Trotz unserer Transparenzmaßnahmen werden offenkundige Falschmeldungen verbreitet; das geht so weit, uns selbst dann mangelnde Transparenz vorzuwerfen, wenn wir alle uns zur Verfügung stehenden Kanäle nutzen, um gemäß dem Wiener Dokument freiwillig über Gefechtsausbildungsübungen zu berichten.

Es stellt sich die Frage: Wie können vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen modernisiert werden, wenn die Länder der Nordatlantischen Allianz faktisch bestätigt haben, dass sie nicht bereit sind, in Vertrauen und Sicherheit zu investieren?

Übrigens möchte ich unsere Partner in Kenntnis setzen, dass ihre Lieblingsphrasen über „Propaganda“ und „Desinformation“, die sie jedes Mal bemühen, wenn sie nicht ins beste Licht gerückt werden, in diesem Kontext fehl am Platz sind. Wir sprechen hier über reale Tatsachen.

Frau Vorsitzende,

um die Voraussetzungen für die Erörterung der Modernisierung von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen zu schaffen, sollte das Bündnis seine Aktivitäten an der Ostflanke nicht weiter intensivieren und sie in der Folge reduzieren. Sobald die militärischen Spannungen abgebaut, die Sanktionen aufgehoben sind und Vertrauen wiederhergestellt ist, kann diese Frage erneut geprüft werden.

Die Russische Föderation wird zum Dialog über militärische Sicherheit bereit sein, sobald die NATO-Länder dafür „reif“ sind. Unsere konkreten Initiativen zur Verhütung negativer Entwicklungen haben wir unseren Partnern bereits mehrfach in der Vergangenheit vorgelegt. Dazu gehören die Wiederaufnahme des Dialogs auf militärischer Ebene (der mit Konsultationen auf Ebene der Militärexperten beginnen könnte), die Reduzierung militärischer Aktivitäten auf Grundlage der Gegenseitigkeit entlang der Kontaktlinie zwischen der NATO und Russland und die Verbesserung des Mechanismus zur Verhütung gefährlicher militärischer Aktivitäten zur See und im Luftraum.

Diese Vorschläge wurden von unseren Vertretern übermittelt, darunter im NATO-Russland-Rat, doch bis heute ist keine nennenswerte Reaktion darauf erfolgt.

Es ist sehr wichtig, die Lage realistisch einzuschätzen, sich nicht auf eingebildete, sondern tatsächliche Probleme zu konzentrieren und sich mit dem sicherheitspolitischen Ungleichgewicht auseinanderzusetzen, das für die gesamteuropäische Gemeinschaft von entscheidender Bedeutung ist. Wir schlagen vor, dass die Teilnehmerstaaten für die nahe Zukunft ihre Bemühungen darauf beschränken, die Umsetzung des Wiener Dokuments 2011 zu verbessern (frei nach dem Motto: „If it ain't broke, don't fix it“) und sich darauf konzentrieren, zumindest ein Mindestmaß an Voraussetzungen zu schaffen, die für eine konstruktive Erörterung grundsätzlicher Fragen der Verstärkung des politisch-militärischen Fundaments der europäischen Sicherheit notwendig sind.

Danke, Frau Vorsitzende.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

967. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 973, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ARMENIENS**

Frau Vorsitzende,

zunächst möchte ich den Hauptreferentinnen und -referenten für ihre aufschlussreichen Vorträge danken, die zur Ausrichtung unserer heutigen Erörterungen beigetragen haben.

Das Wiener Dokument 2011 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen ist ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Sicherheitsarchitektur und des politisch-militärischen Instrumentariums der OSZE; es dient der Vertrauensbildung zwischen den Teilnehmerstaaten. Seit seinen Anfängen im Jahr 1975 hat es sich von einer bescheidenen Initiative mit eingeschränkter politischer Unterstützung und eingeschränktem Durchführungsbereich zu einem Pfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur entwickelt und einen bedeutenden Beitrag zur militärischen Stabilität und Sicherheit in unserer Region geleistet.

Heute jedoch sind Stabilität und Sicherheit im OSZE-Raum durch vielfältige Bedrohungen und eine sich zuspitzende Krise der Werte der kooperativen Sicherheit gefährdet. Unter diesen Umständen wird das Wiener Dokument mit seinem Hauptzweck, die Anwendung von Gewalt zu verhüten, immer wichtiger.

Frau Vorsitzende,

seit Jahren äußert die armenische Delegation ihre Besorgnis über Verstöße gegen das Wiener Dokument durch Aserbaidshan – insbesondere gegen die Bestimmungen, die die vorherige Ankündigung militärischer Übungen regeln – als ein deutliches Anzeichen systematischer Vorbereitungen für die Wiederaufnahme eines Krieges. Die Weigerung Aserbaidshans für Klarstellung zu sorgen, zeugt von der völligen Missachtung dieses Landes für die Prinzipien der kooperativen Sicherheit.

Allein letztes Jahr führten drei unangekündigte militärische Übungen, die Aserbaidshan unter systematischer und unverfrorener Missachtung der einschlägigen Bestimmungen des Wiener Dokuments durchführte, zu einem Angriff und der Anwendung von Gewalt gegen Arzach. Der von Aserbaidshan mit direkter Unterstützung und

Beteiligung der Türkei und ausländischer terroristischer Kämpfer und Dschihadisten losgetretene Krieg bestätigte einmal mehr die Richtigkeit all unserer Besorgnisse. Vor zwei Tagen begannen die Türkei und Aserbaidschan mit der Durchführung einer weiteren gemeinsamen militärischen Übung in der Nähe der Grenze zu Armenien. Bis heute haben wir noch keine Antwort der türkischen Delegation auf unser Ersuchen um Klarstellung zu den Parametern der Übung erhalten. Stattdessen deutete die türkische Delegation in ihrer Erklärung an, dass die Verletzung der Bestimmungen des Wiener Dokuments durch die Türkei und Aserbaidschan von Armenien als Signal, als Botschaft – nein, als eine ehrliche Geste zur Förderung des Vertrauens unter Nachbarn, betrachtet werden sollte. Was für eine skrupellose Missdeutung der Ziele und Werte des Wiener Dokuments und unserer Organisation! Die sogenannten guten Absichten der Türkei und Aserbaidschans, das Kapitel des Misstrauens zu schließen, entbehren angesichts des auf staatlicher Ebene jahrzehntlang gepflegten Hasses auf Armenien und das armenische Volk, des Völkermords, der Kriegsverbrechen, Gräueltaten, Aggression und des ständigen Dementierens jeglicher Glaubwürdigkeit. Zudem können diese provozierenden Aktionen wie die erwähnte gemeinsame Militärübung das bestehende Misstrauen nur noch verstärken. Leider haben wir seitens der Türkei keine wirklichen und konkreten Handlungen gesehen, die der Erklärung ihrer guten Absichten ein Mindestmaß an Glaubwürdigkeit verleihen würden.

Frau Vorsitzende,

dass die internationale Gemeinschaft bis auf wenige Ausnahmen die Anwendung von Gewalt geschlossen ablehnt, ermutigt uns. Wir müssen jedoch auch mit großem Bedauern feststellen, dass es – wie der Krieg gegen Arzach unmissverständlich klagemacht hat – den Teilnehmerstaaten, auch den aktiven Befürwortern der Umsetzung und Modernisierung des Wiener Dokuments unter ihnen, an Entschlossenheit fehlt, für das Konzept der kooperativen Sicherheit einzutreten und zu diesem Zweck das gesamte zur Verfügung stehende Instrumentarium der OSZE, wie Frühwarn- und Verhütungsmechanismen, zu nutzen. Ständige Verstöße gegen unsere gemeinsamen Verpflichtungen und deren Missachtung untergraben die Legitimität unserer Organisation, indem sie weiteren Verletzungen zusätzliche Rechtfertigung verleihen und dazu ermutigen. Doppelmoral und selektives Vorgehen aufgrund geopolitischer Interessen sind ganz und gar nicht dazu angetan, unsere kooperative und unteilbare Sicherheit zu wahren.

Abschließend möchte ich bekräftigen, dass die Republik Armenien sich nach wie vor zu allen Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument bekennt. Wir sind der Auffassung, dass die Modernisierung des Wiener Dokuments nur durch die vollständige und bedingungslose Umsetzung unserer gemeinsamen Verpflichtungen sowie durch einen inklusiven Dialog erreicht werden.

Frau Vorsitzende,

als Antwort auf die Äußerungen der türkischen Delegation möchte ich darauf hinweisen, dass meine Delegation unseren Standpunkt in Bezug auf die Entscheidung Armeniens, Militärinspektionen durch die Türkei und die Teilnahme von türkischen Gastinspektoren an multinationalen Inspektionen auf dem Hoheitsgebiet der Republik Armenien auszusetzen, bereits erläutert hat – insbesondere in einer unter der Dokumentennummer SEC.DEL/273/20 übermittelten Verbalnote und in Erklärungen, die unter den Dokumentennummern PC.DEL/273/20 und JCG.DEL/5/20 in Umlauf gebracht wurden –; ich

werde sie nicht wiederholen. Ich möchte mich damit begnügen, zu wiederholen, dass die Entscheidung auf legitimen Sicherheitsinteressen Armeniens beruht. Armenien ist nicht in der Lage, sensible militärische Informationen an ein Land weiterzugeben, das diese gegen die Bevölkerung Armeniens verwendet, denn die Sicherheit unserer Bevölkerung ist nicht Gegenstand von Kompromissen.

Danke.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

967. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 973, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DES FSK-KOORDINATORS FÜR DAS
WIENER DOKUMENT (SCHWEDEN)**

Frau Vorsitzende,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst möchte ich den Hauptreferentinnen und -referenten für ihre interessanten und wertvollen Vorträge zu einer wichtigen Frage danken – eine, die für die Vertrauens- und Sicherheitsbildung im Rahmen der europäischen Sicherheitsarchitektur von unmittelbarer Bedeutung ist.

Als FSK-Koordinator für das Wiener Dokument bin ich auch dem US-amerikanischen Vorsitz des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) dafür dankbar, dass er das Wiener Dokument und die Notwendigkeit seiner Modernisierung aufgegriffen und den heutigen Sicherheitsdialog dem Thema „Modernisierung des Wiener Dokuments“ gewidmet hat.

Zweifellos erkennen die meisten der in diesem Forum vertretenen OSZE-Teilnehmerstaaten die Notwendigkeit an, dieses Instrument zu modernisieren. So wurde die gemeinsame Erklärung zum 30. Jahrestag des Wiener Dokuments beim Ministerratstreffen in Tirana im Dezember letzten Jahres von nicht weniger als 45 Teilnehmerstaaten unterstützt.

Das Wiener Dokument sollte regelmäßig aktualisiert werden. Wie in Kapitel XII Absatz 152 des Wiener Dokuments 2011 festgelegt „[werden] [d]ie Teilnehmerstaaten [...] alle fünf Kalenderjahre oder auf Beschluss des FSK auch öfter erstmals spätestens 2011 und gegebenenfalls unter Berücksichtigung des Jährlichen Treffens zur Beurteilung der Durchführung eine FSK-Sondersitzung zur Neuauflage des Wiener Dokuments abhalten“. Da es die Teilnehmerstaaten verabsäumt haben, diesen Teil des Wiener Dokuments bis 2016 wie ursprünglich vorgesehen umzusetzen, haben sie nun 2021 die Gelegenheit dazu.

Im Forum fordern Teilnehmerstaaten bisweilen eine Umsetzung vor der Modernisierung, doch ist dabei auch zu bedenken, dass eine Umsetzung nicht selektiv erfolgen kann. Modernisierung ist Umsetzung.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass sich eine Mehrzahl der Teilnehmerstaaten für Instrumente ausgesprochen hat, die die Umsetzung des Wiener Dokuments verbessern sollen,

insbesondere da dies Ressourcen sparen und die Effizienz für die Endnutzer in den Teilnehmerstaaten, nämlich ihre Verifikationszentren, verbessern würde. Leider wurden jedoch alle im FSK eingebrachten Vorschläge zur Verbesserung der Umsetzung des Wiener Dokuments – ich denke hier an die Beschlusssentwürfe über die Notifikationen im „F-Format“ und den letzten finnischen Textentwurf über Besuche von Militärflugplätzen – abgelehnt. Die Teilnehmerstaaten sollten sich darüber im Klaren sein, dass das Wiener Dokument regelmäßig aktualisiert werden muss, wenn es nicht an Relevanz verlieren soll, insbesondere angesichts der derzeitigen Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie.

Ich möchte Ihnen allen die Schlussworte dieser gemeinsamen Erklärung der 45 Teilnehmerstaaten bei dem Ministerratstreffen in Tirana in Erinnerung rufen: „Wir bekräftigen unser festes Bekenntnis zum Wiener Dokument und dessen vollständiger Umsetzung und sind entschlossen, den Prozess seiner Modernisierung konstruktiv zu unterstützen, mit dem Ziel, substantielle Fortschritte im Sinne einer Aktualisierung des Wiener Dokuments bis zum OSZE-Ministerrat 2021 zu erzielen“.

Abschließend möchte ich alle Teilnehmerstaaten ermutigen, sich an den künftigen Erörterungen und der Arbeit zu diesem Thema im FSK und seinen Arbeitsgruppen zu beteiligen. Ich sehe weiteren Vorschlägen, Reflexionspapieren und Beschlusssentwürfen, die helfen werden, den Bemühungen, insbesondere der Arbeitsgruppe A, neue Impulse zu verleihen, erwartungsvoll entgegen. Denn es geht um unsere Verpflichtungen und unsere Sicherheit. Es ist sozusagen „unser“ Wiener Dokument.

Danke.

Frau Vorsitzende, ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

967. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 973, Punkt 3 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VORSITZENDEN**

In Vorbereitung für das am 2. und 3. März 2021 stattfindende 31. Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung möchte der FSK-Vorsitz die Moderatoren und Bericht-erstatte-rinnen und Bericht-erstatte-r der entsprechenden Arbeitssitzungen bekannt geben.

Arbeitssitzung 1 zum Weltweiten Austausch militärischer Information und Wiener Dokument, Einleitung und Kapitel I bis III: Moderator ist Oberst Marek Sobotka, leitender Militärberater aus Polen, Bericht-erstatte-rin ist Unni Mortensen, Beraterin aus Norwegen.

Arbeitssitzung 2 zum Wiener Dokument, Kapitel IV bis VII: Moderator ist Oberst-leutnant Søren Hvid-Hansen, leitender Militärberater aus Dänemark, Bericht-erstatte-rin ist Ann-Sophie Vermeersch, politische Attachée aus Belgien.

Arbeitssitzung 3 zur Verbesserung der Durchführung der VSBM: Moderator ist Oberst Johan Huovinen, Militärberater aus Schweden, Bericht-erstatte-r ist Igor Vujacic, Militärberater aus Montenegro.

Ich möchte den Moderatoren und Bericht-erstatte-rinnen und Bericht-erstatte-rn danken, dass sie sich für diese Rolle gemeldet haben und einen Beitrag zum bevorstehenden Jährlichen Treffen zur Beurteilung der Durchführung leisten.

Ich möchte Ihnen mitteilen, dass die Moderatoren ihre Denkanstöße bis 12. Februar verteilen werden.

Der FSK-Vorsitz wird die kommentierte Tagesordnung mit den Informationen zur Anmeldung bis spätestens 16. Februar bekanntgeben.

967. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 973, Punkt 3 (f) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION NORWEGENS**

Frau Vorsitzende,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) darüber informieren, dass Norwegen am 26. Januar entschieden hat, die Übung „Joint Viking 2021“ abzusagen, die letztes Jahr allen OSZE-Teilnehmerstaaten mittels Notifikation CBM_NO_20_0013_F30_O angekündigt worden war.

Diese Übung war als die diesjährige wichtigste Militärübung in Norwegen geplant und wurde als solche im Einklang mit dem Beschluss (FSK) Nr. 9/12 des Wiener Dokuments Plus angekündigt. Die Übung hätte im März dieses Jahres stattfinden sollen.

Die Entscheidung, Joint „Viking 2021“ abzusagen, wurde im Rahmen einer Reihe von strengeren Maßnahmen getroffen, um den jüngsten Ausbruch einer mutierten Variante des für COVID-19 verantwortlichen Virus in Norwegen zu bremsen.

Die Absage wurde allen OSZE-Teilnehmerstaaten per Notifikation CBM_NO_21_0002_F41_O zur Kenntnis gebracht.

Danke.

Ich bitte um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

967. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 973, Punkt 3 (g) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ARMENIENS**

Bei der letzten Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) am 27. Januar informierte die Delegation Aserbaidshans das Forum über ein Ersuchen um ein praktisches Hilfsprojekt zu explosiven Kampfmittelrückständen.

Als Reaktion auf die übermittelten Informationen möchte ich erklären, dass die Delegation Armeniens das von Aserbaidshan beantragte Hilfsprojekt, das in der Konfliktzone Bergkarabach und den besetzten Gebieten von Arzach durchgeführt werden soll, nicht unterstützen wird. Wir betrachten das vorgeschlagene Projekt für einen Versuch Aserbaidshans, seinen Angriff und die Ergebnisse der Anwendung von Gewalt gegen Arzach zu legitimieren. Wir legen dem FSK-Vorsitz nachdrücklich nahe, sich aller Handlungen zu enthalten, die als Billigung der diesbezüglich Politik Aserbaidshans verstanden werden könnten. Wir sind davon überzeugt, dass alle konfliktbezogenen Aktivitäten der OSZE nur nach eingehenden Beratungen und mit der klar zum Ausdruck gebrachten Zustimmung aller betroffenen Parteien durchgeführt werden können. Darüber hinaus sind wir der Meinung, dass die Beteiligung der OSZE an derartigen Projekten und ihr Beitrag dazu Teil einer umfassenden, friedlichen Beilegung des Bergkarabach-Konflikts sein sollte.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.